

EP-W-01 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Workshops: Abschnittsweise
Identifizierung von Änderungsbedarfen

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis
2 hin zum
3 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative
4 Wirtschaft ist global
5 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von
6 der
7 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus
8 Thüringen
9 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia
10 gehandelt,
11 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch
12 deshalb die
13 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die
14 Kräfte
15 bündeln.

16 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen
17 Interesse. Vor
18 allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und
19 Jahrzehnte
20 entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer
21 Wirtschaft
22 und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu
23 mehr
24 Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen
25 und fairen
26 Löhnen, zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen
27 Grundlage für
28 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

29 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während
30 China oder die
31 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien

32 investieren. Wir
33 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa auf
34 den Märkten
35 der Zukunft durchsetzen – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei
36 digitalen
37 Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster
38 Batterietechnik und grünem
39 Stahl. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch
40 Sicherheitspolitik.

41 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen
42 natürlichen
43 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren, mit
44 Lebensräumen für eine
45 große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den Küsten und in den Wäldern.
46 In ihrem
47 Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-
48 Tech-
49 Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen Räumen verankert,
50 lässt sich
51 aus den Städten in wenigen Stunden in Wälder oder Berge reisen.

52 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche
53 Dienstleistungen in
54 einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet aber eben auch
55 saubere Luft,
56 reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

57 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein
58 klimaneutrales Fundament
59 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den
60 European
61 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen
62 wir dafür,
63 dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung
64 über Mobilität
65 und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend
66 zu einem
67 entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren Wohlstand
68 bewahren und
69 neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima schützen, sondern
70 auch diesen
71 Wettbewerb annehmen.

72 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und

73 Industriepolitik, die
74 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu
75 gezielten
76 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den
77 Autokratien dieser
78 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb
79 jetzt – von
80 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die
81 erneuerbaren
82 Energien und die Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der
83 Europäischen Union
84 (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die
85 industrielle
86 Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu sichern.

87 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich
88 die besten
89 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie
90 abbauen, dann tun
91 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragraphen und
92 Behörden zu
93 stellen. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir
94 das, um Daten
95 im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

96 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind
97 wir es.
98 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die
99 wirksam und
100 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer
101 Konkurrenz
102 gleichermaßen aufzunehmen.

103 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die
104 Sicherheit
105 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand
106 und
107 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit
108 der Natur und
109 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder
110 geografische
111 Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das Geschlecht über die Chance auf ein
112 gutes Leben
113 entscheiden, sondern in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben können.

114 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

115 **1. Ein klimaneutrales Europa**

116 **In Energiesicherheit investieren**

117 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit
118 effizienter und
119 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten Kontinents nutzt
120 und
121 miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven
122 Wirtschafts-
123 und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen
124 Beitrag
125 dazu leisten, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral
126 sicherzustellen.
127 Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer
128 günstigen
129 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir
130 wollen, dass
131 Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

132 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die
133 Elektrifizierung von
134 Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive Investitionen in den Ausbau von
135 Wind und
136 Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten.
137 Gleichzeitig
138 müssen wir energieeffizienter werden und die entsprechenden Vorgaben weiter
139 anpassen.

140 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er
141 gebraucht wird,
142 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken
143 und dabei vor
144 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein
145 stabiles
146 europäisches Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere
147 Versorgungssicherheit.
148 Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich
149 gegenseitig
150 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare
151 Energien fit
152 machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der
153 Wind weht

154 oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-Netzplanung – insbesondere für
155 grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der
156 EU. In
157 Zukunft müssen darüber hinausgehend die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze
158 und
159 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die
160 Netzentgelte und
161 die Bedingungen von Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer
162 Energien
163 aus.

164 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
165 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.
166 An diesen
167 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an.
168 Jedoch wird
169 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste
170 Form der
171 Energieerzeugung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen
172 schaffen, um
173 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen
174 wir dabei,
175 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.
176 Gleichzeitig hat
177 uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie
178 abhängig wir
179 noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den
180 kommenden Jahren
181 ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied
182 vom fossilen
183 Erdgas nötig. Wir wollen es vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert
184 mit grünem
185 Wasserstoff ersetzen.

186 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht
187 geeignet, die
188 Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen
189 Risiken
190 verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer
191 Kraftwerke
192 ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende
193 Generationen. Wir
194 setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

195 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,
196 weshalb wir

197 Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in
198 den nächsten
199 Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur
200 Energiesicherheit
201 leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.

202 **Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten**

203 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber
204 1990 um rund
205 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens
206 55 Prozent
207 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Durch den reformierten
208 Emissionshandel wird
209 ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele
210 für
211 erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder
212 Chemieprodukte, die
213 nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO₂-
214 Fußabdruck
215 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge
216 um. Gebäude in
217 der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit
218 hat Europa den
219 richtigen Weg eingeschlagen.

220 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.
221 Europa soll der
222 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken
223 geben, und es
224 muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040 braucht es deswegen
225 Zwischenziele, die
226 die EU sicher zu Klimaneutralität in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens
227 führen. Das
228 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser
229 Klimaabkommens
230 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich
231 hinterlegen.
232 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und
233 die
234 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

235 **Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen**

236 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas

237 und rein in
238 erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber
239 auch in
240 Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie
241 gar nicht zu
242 vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir
243 technologische
244 Chancen nutzen und das CO₂ direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und
245 gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll
246 dies aktiv
247 gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen
248 dafür schaffen
249 und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer
250 europäischer CO₂-
251 Speicher – entwickeln.

252 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,
253 auf den 1,5-
254 Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre
255 aktiv
256 senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür
257 stärken und
258 entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse,
259 die der
260 Atmosphäre CO₂ wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten
261 Verbündeten, denn vor
262 allem Wälder und Moorböden sind natürliche CO₂-Speicher. Deswegen benötigen wir
263 klare Regeln
264 für die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die
265 Aufforstung
266 von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer
267 Negativemissionen wie die
268 CO₂-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO₂-Speicherung in der Anwendung
269 prüfen und an
270 Pilotprojekten evaluieren. Die EU braucht – wie Deutschland – klare Ziele für
271 das Erreichen
272 von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels
273 zu handeln.

274 **Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen**

275 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie
276 speichern und
277 transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer zukünftigen
278 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger überall dort ersetzen, wo
279 Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa bei der

280 Anwendung

281 Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu heben, entwickeln wir die Europäische
282 Wasserstoffstrategie weiter und unterstützen die Erforschung von umfassenden
283 Ansätzen zur
284 Erzeugung und Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die
285 Netzausbaukosten minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen
286 eingesetzt
287 werden. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden
288 Investitionsprogramm
289 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser
290 Schlüsseltechnologie.

291 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen
292 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur
293 für den
294 Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med können wir
295 grünen
296 Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die
297 Industriezentren
298 Deutschlands transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen
299 Infrastrukturunion.

300 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen
301 Wasserstoff und
302 strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU sowie wind- und
303 sonnenreichen
304 Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer können wir
305 auf diesem
306 Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten
307 vermeiden.
308 Durch Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass
309 die Länder
310 des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von der
311 grünen
312 Energiezukunft profitieren.

313 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff
314 vorerst ein
315 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher
316 vorrangig auf
317 die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich
318 grüner Strom
319 so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort
320 einsetzen,
321 wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören
322 etwa die

323 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemierzeugnisse, der
324 Schwerlasttransport sowie
325 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff
326 bei geringer
327 Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung
328 einsetzen, um
329 die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

330 **Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen**

331 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen
332 verbunden.

333 Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss
334 klimaneutral immer auch

335 sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel
336 gespeist wird,

337 geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei
338 werden

339 Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und
340 Transportkosten betroffen sind. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten –
341 wie etwa

342 Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen.

343 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und
344 Kommunen, ihre

345 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und
346 demokratisch, denn

347 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich
348 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten:

349 Der Einsatz

350 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir
351 wollen

352 europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben
353 können – indem

354 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage
355 direkt an ihre

356 Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte
357 Energie

358 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

359 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch
360 zukünftig

361 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der
362 europäischen

363 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell

364

365 und günstig
366 von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei
367 vor allem auf
368 Beratung und finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten
369 kommunale
370 Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt
371 und wie
Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

372 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent
373 aufeinander
374 abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der
375 günstigen
376 Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen. Durch die Umstellung der Förderung von
377 erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern wir die
378 Stromverbraucher*innen gegen
379 hohe Kosten ab.

380 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

381 **In Innovation und Resilienz investieren**

382 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine
383 strategische
384 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU
385 (NGEU) hat uns
386 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen,
387 dass Europa
388 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr
389 2026 droht
390 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen.
391 NGEU kann uns
392 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
393 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

394 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und
395 Resilienz mit
396 drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der
397 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst
398 – mit einem
399 voll ausgebauten und integrierten europäischen Schienen-, Strom- und
400 Wasserstoffnetz.
401 Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie
402 genauso wie den
403 Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere

404 Wirtschaft und
405 unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien
406 machen.

407 **Industriepolitik aktiv gestalten**

408 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus
409 kleinen,
410 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren
411 Wohlstand ist.

412 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns
413 zentral:

414 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen
415 der EU für
416 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen
417 Firmen
418 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den
419 Goldstandard auf
420 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen
421 unschätzbaren Beitrag
422 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen
423 verteidigen.

424 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit
425 ihrem
426 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer
427 Produktionsstandorte für
428 Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem
429 eine eigene
430 aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die Europas Stärken
431 stärkt. Sie
432 setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen.
433 Dazu gehört
434 einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private
435 Investitionen
436 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für
437 Zukunftstechnologien wie
438 Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa
439 an der
440 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa
441 erdacht und
442 hergestellt werden. So sichern wir Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der
443 Aufbau einer
444 europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des
445

446 Industriestandortes
Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

447 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein
448 Förderdschungel
449 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an
450 die
451 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil
452 – etwa im
453 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche
454 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand
455 gehen. Dafür
456 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die
457 europäische
458 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die
459 Lage versetzt
460 wird, schnell und wirksam zu handeln.

461 **Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten**

462 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa
463 gleichzeitig
464 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett
465 klimaneutral
466 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

467 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.
468 Dafür muss
469 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen
470 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren
471 Energien und
472 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne
473 Energie zu
474 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht.

475 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem
476 europäischen
477 Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen
478 europaweiten
479 Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-
480 Haushalt
481 finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen
482 finanziell fördern,
483 die möglichst kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am
484 meisten CO₂

485 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher
486 und günstiger
487 eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir europäische grüne
488 Leitmärkte für
489 einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie
490 etwa grünen
491 Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine
492 Mindestquote
493 von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer
494 Absatzmarkt
495 geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang
496 setzt.
497 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf
498 klimaneutrale
499 Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil
500 dies zu
501 schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller
502 Substanz und
503 guten Arbeitsplätzen beiträgt.

504 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und
505 Nachhaltigkeitskriterien bei
506 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir
507 gezielt die
508 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen.

509 **Den Binnenmarkt stärken**

510 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und
511 hilft,
512 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die
513 klimaneutrale
514 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den
515 europäischen
516 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und
517 Arbeitnehmer*innen
518 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt
519 stärken und
520 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht
521 mehr 27
522 verschiedene befolgen.

523 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,
524 übergeordnete Ziele zu
525 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz

526 sowie die
527 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch
528 nutzen, um
529 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu
530 werden.

531 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen
532 Unternehmen
533 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein
534 solches Update
535 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool
536 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

537 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht
538 bekämpft und
539 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg
540 des
541 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht
542 Europa
543 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen
544 Staaten, die
545 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien
546 muss die EU-
547 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den
548 Mitgliedstaaten
549 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei
550 zugleich
551 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit
552 bei
553 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen
554 in den
555 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf
556 Klimaneutralität.

557 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU
558 die
559 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der
560 europäischen
561 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik
562 ermöglicht und
563 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die
564 Beihilfeverfahren
565 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

566 **Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten**

567 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir
568 wollen mehr
569 Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen,
570 sichere
571 Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus.
572 Fachkräfte
573 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für
574 akademisch
575 ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit handwerklicher oder industrienaher
576 Ausbildung.
577 Davon hängt auch das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit
578 Investitionen in
579 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

580 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote
581 für alle
582 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von
583 außerhalb
584 gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll
585 einzubringen. In
586 vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder
587 gar nicht. Wir
588 brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
589 die soziale
590 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

591 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch
592 gut
593 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen
594 und Betriebe,
595 in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der
596 EU-
597 Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr Frauen ausbilden bzw.
598 beschäftigen.
599 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen
600 entwickeln, wie wir
601 eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen
602 können.

603 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von
604 Fachkräften geht,
605 vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im Krankenhaus. Wir
606 setzen uns
607 daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus
608 Drittstaaten
609 sollte die EU-Blue-Card-Initiative ausgeweitet werden und vielen weiteren

610 Berufsgruppen
611 zugutekommen.

612 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr
613 Auskommen,
614 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer
615 klimaneutralen
616 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus-
617 und
618 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer
619 Sicherheit
620 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere
621 Industriepolitik bietet
622 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln,
623 dass
624 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife
625 befolgt
626 werden.

627 **3. Stabile Finanzen**

628 **Europa finanziell wappnen**

629 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre
630 finanzielle
631 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem
632 relevanten
633 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir
634 endlich
635 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur
636 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-
637 Jahre zu
638 treffen.

639 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle
640 Ausstattung der
641 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Im
642 Krisenfall
643 haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die
644 EU deutlich
645 mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame
646 Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und
647 für eine
648 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen
649 starken

650 Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch
651 für ein
652 neues großes Investitionsprogramm streiten.

653 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen
654 deutlich
655 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt
656 die
657 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden
658 Feldern der
659 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre
660 Wirkung hin
661 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten
662 die
663 Ausgaben verwalten.

664 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU
665 voraus. Gerade
666 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den
667 Beiträgen der
668 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre
669 finanzielle
670 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben,
671 dass Einnahmen,
672 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem
673 EU-Haushalt
674 zugutekommen.

675 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der
676 möglichen
677 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen.
678 Auch die
679 Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75
680 Prozent dem EU-
681 Haushalt zufließen.

682 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu
683 einer
684 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits
685 2020 von Rat
686 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen.
687 Dabei muss
688 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den
689 Mitgliedstaaten
690 sichergestellt werden.

691 **Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen**

692 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine
693 Grundvoraussetzung für
694 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die
695 Architektur der
696 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für
697 Krisen. Das
698 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

699 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir
700 die
701 gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der
702 Überführung
703 des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der
704 Umstellung auf
705 Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren
706 endlich
707 eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-
708 Hilfsprogramme.

709 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-
710 Kurzarbeitergeldes
711 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die
712 Mitgliedstaaten
713 Jobs sicher schützen können. Und wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion
714 vollenden,
715 damit auch der Finanzsektor in Krisen stabilisierend wirkt.

716 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
717 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen
718 Ländern
719 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und
720 Wachstum schaffen.
721 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der Vorschlag der
722 Europäischen Kommission
723 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte
724 Reform, deren
725 Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

726 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld
727 und zum
728 Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung
729 der Wirtschaft
730 und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles

731 Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur
732 finanziellen
733 Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im
734 digitalen
735 Zeitalter leisten.

736 **Bankenunion vollenden**

737 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das
738 Finanzsystem
739 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen
740 ausgerichtet
741 sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft
742 der Zukunft
743 und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen
744 kompatibel
745 sein.

746 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen
747 von
748 Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine
749 weitere
750 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer hohen
751 Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion
752 stellen wir
753 die Banken stabil auf. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den
754 Erhalt der
755 Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,
756 einem
757 funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit
758 Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern,
759 dass
760 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen.
761 Indem wir
762 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu
763 reduzieren,
764 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der
765 Klimaneutralität steht.

766 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie
767 Ratingagenturen,
768 Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir
769 setzen uns
770 dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige
771 Bürokratie –

772

insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

773 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung
774 umweltverträglicher
775 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie
776 und Erdgas als
777 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja
778 oder Nein, denn
779 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-
780 Autos oder
781 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir
782 zukünftig besser
783 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen,
784 damit
785 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend
786 finanziert werden.
787 Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

788 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich
789 an
790 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die
791 Finanzaufsicht hat mit
792 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt
793 gehalten. Um das
794 Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen
795 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing
796 ausstatten und ein
797 staatliches Labelssystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen
798 sollen
799 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen
800 Modernisierung unserer
801 Wirtschaft leistet.

802 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das
803 Vertrauen
804 der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen
805 haben dafür
806 gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende
807 Finanzprodukte
808 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung
809 mittelfristig keine
810 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier
811 Beratung
812 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle
813 zugänglich
814 machen.

815 **4. Steuergerechtigkeit**

816 **Steuerhinterziehung bekämpfen**

817 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle
818 ihren fairen
819 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine
820 gute Bus- und
821 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in
822 den letzten
823 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben
824 belegt, wie
825 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in
826 Niedrigsteuermätern
827 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis
828 hin zu
829 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und
830 besonders
831 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen.
832 Schätzungen zufolge
833 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170
834 Milliarden Euro.
835 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme.
836 Die EU kann
837 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

838 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von
839 Gewinnen in
840 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere
841 Kriterien, um
842 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So
843 fehlen
844 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem
845 Steuersatz von
846 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie
847 beispielsweise
848 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die
849 Liste gesetzt
850 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch
851 getroffen werden.

852 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden
853 wesentlich
854 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu
855 stärken. Wir

856 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

857 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur
858 existieren, um
859 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf,
860 den
861 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen
862 anzunehmen –
863 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin.

864 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es
865 sich beim
866 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in
867 Niedrigsteuerrländer.
868 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-
869 weiten Systems
870 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen
871 weiteren
872 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen
873 wir das
874 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der
875 EU angehen.

876 **Steuerdumping beenden**

877 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb
878 zwischen den EU-
879 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire
880 Wettbewerbsbedingungen im
881 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten
882 mit neuen
883 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind.
884 So
885 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie
886 Daten, Wissen
887 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen
888 Niederlassung oder
889 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen
890 digitaler Dienste
891 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen
892 deutlich
893 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen
894 müssen ihren
895 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

896 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist
897 ein großer
898 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene
899 der
900 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich
901 auf eine
902 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt.
903 Damit können
904 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die
905 Umsetzung in den
906 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen
907 zur
908 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die
909 Mindestbesteuerung
910 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er
911 reicht aber
912 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder
913 multinationale
914 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene
915 aktuell
916 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein,
917 sollte die EU-
918 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

919 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für
920 alle sichtbar
921 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung
922 von
923 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große
924 Unternehmen
925 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen,
926 führt das zu
927 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle
928 Länder
929 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur
930 Überprüfung der
931 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite
932 Aufschlüsselung
933 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb
934 zwischen den
935 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares
936 Rahmenwerk der EU für
937 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

938 **Gemeinwesen solidarisch finanzieren**

939 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliarden Gewinne von
940 Unternehmen einen
941 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren,
942 Klimaschutz
943 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen
944 EU hat die
945 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter
946 zugenommen.

947 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
948 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer
949 wieder durch
950 Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden
951 Möglichkeiten der
952 Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen.
953 Perspektivisch
954 eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen
955 Handlungsspielraum.

956 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch
957 hohe
958 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen
959 einiger
960 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft
961 gestiegene
962 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation
963 auf eine
964 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen
965 Krisenbeitrag an
966 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der
967 gegenwärtigen Inflation
968 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene
969 Produktionskosten
970 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der Übergewinnsteuer auch für andere
971 Bereiche
972 fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen
973 Haushalte zu
974 entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere
975 Geschäftsjahre oder
976 die Gewinnverlagerung ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in
977 erneuerbare
978 Energien reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

979 **5. Innovationskraft und Bürokratieabbau**

980 **Europäische Forschung an der Weltspitze verankern**

981 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
982 Herausforderungen
983 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und
984 darüber
985 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die
986 Menschen und
987 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien
988 Forschung
989 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand.
990 Wir wollen,
991 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche
992 Mobilität,
993 für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder Alzheimer in
994 Europa erdacht
995 und produziert werden.

996 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die
997 Forschungsaktivitäten der EU
998 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr
999 beliebtes
1000 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im
1001 nächsten
1002 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

1003 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die
1004 missions-
1005 und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die
1006 Klimaforschung, für
1007 die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste Quote von 35 Prozent
1008 für die
1009 europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir treten für eine gut
1010 ausgestattete
1011 Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der
1012 Exzellenzforschung par
1013 excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Skłodowska-Curie-
1014 Mobilitätsförderung wollen
1015 wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und
1016 Geisteswissenschaften (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen,
1017 denn sie
1018 sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und
1019 Demokratie.
1020 Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei zugänglich sein
1021 sollen,
1022 wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin stärken.

1023 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was
1024 den
1025 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch:
1026 Horizont
1027 Europa muss noch internationaler werden und weitere Partnerländer einbinden.

1028 **Aus Ideen Wohlstand machen**

1029 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender
1030 Bedeutung. Wir
1031 wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind
1032 als
1033 Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von
1034 morgen.

1035 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte
1036 Forschung, die
1037 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Wir
1038 brauchen
1039 beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive
1040 Behandlungen
1041 für Krebs, smarte digitale Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht
1042 zuletzt
1043 soziale Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont
1044 Europa sollen
1045 sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen
1046 wir
1047 Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die Industrie
1048 zusammenbringen.

1049 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und
1050 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so
1051 ausbauen, dass
1052 sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung
1053 unterstützen.

1054 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen
1055 und dabei
1056 neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw.
1057 Fachhochschulen
1058 in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht
1059 im selben
1060 Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung
1061 sehr stark.
1062 Solche Cluster von Forschung, Lehre und Anwendung sind zentral, um Innovationen

1063 zu fördern,
1064 sichtbar zu machen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

1065 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies
1066 gilt
1067 beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
1068 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder
1069 Weiterbildungsprogrammen. So können
1070 wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in die
1071 Zukunftsbranchen
1072 einzubringen.

1073 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem
1074 relevanten
1075 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-
1076 privaten
1077 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten.
1078 Wir möchten
1079 hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen,
1080 Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen Förderinstrumenten
1081 profitieren.

1082 **Mit Europäischen Start-ups durchstarten**

1083 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges
1084 Gründungsgeschehen. Hier
1085 entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen
1086 schneller und
1087 einfacher werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bisher weniger aktive
1088 Mitgliedstaaten
1089 beispielsweise von Estland, dem europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen
1090 können.

1091 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der
1092 Know-How-
1093 Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das europäische
1094 Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

1095 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.
1096 Dort finden
1097 Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen Überblick über alle
1098 Förderprogramme für Gründer*innen soll ein digitaler Kompass bieten. Mit einem
1099 Klick ohne
1100 Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

1101 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit
1102 anderen EU-
1103 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Start-ups
1104 in der
1105 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige
1106 europäische Matching
1107 Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen
1108 Tisch bringen,
1109 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft.

1110 **Mittelstand fördern**

1111 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor
1112 der
1113 europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders stark
1114 durch die
1115 Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen, wollen wir KMU-
1116 Tests
1117 verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze auf ihre Auswirkungen
1118 auf KMU
1119 überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und
1120 Übergangsfristen
1121 für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern
1122 wir den
1123 Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von
1124 festgelegten KMU-
1125 Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich
1126 zugutekommen. Die
1127 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit
1128 nationalen
1129 Förderinstrumenten verzahnen.

1130 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in
1131 der Praxis
1132 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller
1133 Regulierungen ein, um
1134 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel
1135 verfehlen, wieder
1136 zu streichen. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen
1137 Übernachtungen
1138 und die AI-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

1139 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der
1140 Verwaltung. Dadurch
1141 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und

1142 Anträge leichter
1143 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital
1144 erfolgen.
1145 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung
1146 von
1147 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt
1148 werden, damit
1149 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im
1150 Rahmen der
1151 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu
1152 können. Die
1153 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

1154 **6. Digitale Souveränität**

1155 **Europa digital fit machen**

1156 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer
1157 Zeit. Sie
1158 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder
1159 Energie völlig
1160 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche
1161 Entwicklung und für
1162 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über
1163 das
1164 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und
1165 Therapie schwerer
1166 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch
1167 vernetzten und
1168 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

1169 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
1170 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit
1171 stärkt, und einer
1172 Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in
1173 diesem
1174 Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen deshalb die digitale
1175 Souveränität Europas
1176 sichern, stärken und ausbauen.

1177 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine
1178 resiliente und
1179 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze,
1180 Knotenpunkte,
1181 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen

1182 vermehrt die
1183 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben,
1184 seien es
1185 Halbleiter oder Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische
1186 Unternehmen in
1187 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die
1188 globale
1189 Netzinfrastuktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit
1190 starken
1191 europäischen Akteuren gestalten.

1192 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben
1193 mitzudenken. Wir
1194 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen
1195 Prozess
1196 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und
1197 effizienter erbracht
1198 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen,
1199 politische Regeln
1200 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der
1201 wirtschaftlichen Praxis
1202 handhabbar zu machen.

1203 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine
1204 riesige
1205 Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben
1206 vereinfachen
1207 und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Wissenschaft,
1208 Verwaltung und
1209 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können
1210 beispielsweise
1211 dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und
1212 gleichzeitig den
1213 Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.
1214 Wir wollen
1215 KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa
1216 einen großen
1217 Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird.
1218 Wir wollen
1219 diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die bessere
1220 Verfügbarkeit von
1221 Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

1222 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-
1223 Source- und
1224 Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

1225 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,
1226 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie
1227 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und
1228 vernetzte
1229 Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-
1230 Plattformen, Browser,
1231 Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU
1232 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital
1233 Sustainability Act, ein
1234 europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des Sektors für Informations- und
1235 Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit optimiert. Eine
1236 Abwärmeinfrastruktur von
1237 Rechenzentren wollen wir in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

1238 **Daten rechtebasiert nutzen**

1239 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für
1240 zahlreiche
1241 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten
1242 leistet einen
1243 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche
1244 gesellschaftliche
1245 Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Ressourcen zu
1246 schonen und die
1247 wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

1248 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem
1249 an der
1250 Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten rechtebasiert
1251 besser
1252 nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses
1253 Prinzip bei
1254 der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen
1255 Unternehmen
1256 im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City
1257 Barcelona können
1258 ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie
1259 Innovation
1260 vorangetrieben werden.

1261 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den
1262 vergangenen
1263 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes
1264 von
1265 personenbezogenen Daten gesetzt.

1266 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings
1267 unterschiedlich. Während
1268 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen
1269 die Regeln
1270 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen
1271 Mitgliedstaaten genauso
1272 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich
1273 aufgrund der
1274 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,
1275 die für
1276 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke
1277 und KI
1278 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche
1279 und
1280 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte
1281 wirksam zu
1282 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen,
1283 die eine
1284 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

1285 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,
1286 Nutzer*innen in
1287 der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu
1288 vereinfachen und
1289 allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz
1290 es
1291 Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-
1292 Modelle
1293 notwendigen Datenpools zu erzeugen.

1294 **Digitale Standards setzen**

1295 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A
1296 und O einer
1297 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards
1298 gefördert
1299 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale
1300 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige
1301 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur
1302 klare und
1303 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche
1304 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-
1305 Märkte-
1306 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung
1307 des digitalen
1308 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1309 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der
1310 Interoperabilität:
1311 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität
1312 bezeichnet
1313 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und
1314 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch,
1315 ohne
1316 manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher
1317 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise
1318 können
1319 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und
1320 Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
1321 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1322 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum
1323 Durchbruch verhelfen
1324 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).
1325 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume
1326 und
1327 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen
1328 aus Europa
1329 riesige Chancen bieten.

1330 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
1331 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen
1332 erarbeiten
1333 Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-
1334 Schnittstellen
1335 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1336 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.
1337 Willkürlichen Konsortien
1338 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung
1339 daher ebenso
1340 für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen
1341 öffnen.
1342 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können,
1343 muss ihr
1344 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
1345 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und
1346 Investitionssicherheit zu sorgen.
1347 Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin
1348 einen
1349 entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

1350 Verbraucherschutz digitalisieren

1351 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im
1352 Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier
1353 bedeutende
1354 Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die
1355 Grundsteine gelegt, um
1356 klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-
1357 Tech-
1358 Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die
1359 Gesellschaft darstellen – und wo nötig Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren
1360 Druck hin
1361 erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um
1362 deren
1363 Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es
1364 jetzt, in
1365 Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch
1366 Datenzugänge
1367 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von
1368 Verbraucher*innen im
1369 digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden; hierzu wollen wir auf
1370 nationaler
1371 und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung
1372 digitaler
1373 Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick
1374 nehmen.
1375 Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen
1376 dieser
1377 Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

1378 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten
1379 und
1380 Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet
1381 sein, dass
1382 diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden
1383 wir
1384 nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Wir wollen die Rechte von
1385 Nutzer*innen auf
1386 digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei:
1387 Plattformen
1388 sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher
1389 Dienste
1390 miteinander in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch
1391 möglich und
1392 verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf
1393 zurückgreifen können.

1394 **7. Kreislaufwirtschaft**

1395 **Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren**

1396 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine
1397 klimaneutrale
1398 Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe. Laut
1399 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen
1400 Rohstoffen allein
1401 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des
1402 Pariser
1403 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in
1404 Ländern des
1405 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und
1406 Raffinerien
1407 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von
1408 Metallen zu
1409 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges
1410 Land die
1411 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine
1412 Rohstoffquellen
1413 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir setzen uns deshalb
1414 für die
1415 Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und
1416 verpflichtende
1417 Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der
1418 europäischen
1419 Wirtschaft zu gewährleisten.

1420 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für
1421 mehr
1422 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65
1423 Prozent der
1424 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser
1425 Ansatz der
1426 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des
1427 Rohstoffverbrauchs und
1428 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders
1429 knapper
1430 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU
1431 sowie die
1432 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
1433 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei
1434 ambitionierte
1435 Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

1436 **Zirkulär wirtschaften**

1437 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
1438 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen
1439 und wir
1440 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur
1441 Rohstoffsicherheit ist das
1442 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die
1443 Kreislaufwirtschaft
1444 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt,
1445 geleast,
1446 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein
1447 Minimum reduziert
1448 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir
1449 eine
1450 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines
1451 „Designs for
1452 Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in
1453 diesem Sinne
1454 weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien
1455 erfüllen, um Klima
1456 und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer
1457 Produkte in
1458 den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die
1459 Verwertung
1460 möglichst nachhaltig sind. Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des
1461 bestehenden
1462 Gebäudebestands und den Einsatz modularer Bauweisen.

1463 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es
1464 einfacher und
1465 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden
1466 Ressourcen unnötig
1467 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch
1468 gebrauchsfähigen Waren
1469 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur,
1470 eine Pflicht
1471 zur Bereitstellung von Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren.
1472 Auch das
1473 Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende
1474 haben.

1475 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund
1476 lückenhafter
1477 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der
1478 neuen

1479 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir setzen uns dafür ein,
1480 dass
1481 Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden.

1482 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen
1483 europäischen Ansatz,
1484 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent
1485 effektiv
1486 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und
1487 die
1488 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür
1489 einsetzen, dass
1490 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und
1491 Menschenrechtsstandards
1492 ambitioniert voranbringt.

1493 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,
1494 Infrastrukturen,
1495 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang
1496 nicht
1497 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente
1498 Wiederverwendung und
1499 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die
1500 Chancen der
1501 Digitalisierung nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch
1502 schaffen wir
1503 neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen
1504 Primärrohstoffen.

1505 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.
1506 Wir wollen
1507 die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein Rückgabesystem für
1508 Lithium-
1509 Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium
1510 sollte durch
1511 weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz
1512 von Natrium-
1513 Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

1514 **Rohstoffpartnerschaften schließen**

1515 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,
1516 setzen wir uns
1517 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und
1518 strategische

1519 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu
1520 vertiefen.

1521 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security
1522 Partnership
1523 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für
1524 kritische Rohstoffe.

1525 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen
1526 Ländern
1527 weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer Nachhaltigkeits-
1528 und
1529 Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht nur
1530 einseitig im
1531 europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur
1532 Seite stehen,
1533 ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in
1534 Lieferketten zu
1535 integrieren. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und
1536 andere
1537 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von
1538 Transport-
1539 und Energieinfrastruktur fördern.

1540 **8. Moderne Mobilität**

1541 **Europas Verkehrswende voranbringen**

1542 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil
1543 zu sein.

1544 Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem, das
1545 klimaneutral

1546 funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen
1547 Personenkraftwagen (Pkw)

1548 komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und
1549 attraktive Züge,

1550 ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, den Ausbau der E-
1551 Ladeinfrastruktur, ein

1552 sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive
1553 Angebote, um

1554 verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren.

1555 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und
1556 selbstbestimmtes

1557 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir
1558 setzen uns

1559 deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter ausgebaut wird.
1560 Insbesondere die
1561 Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer
1562 Güterverkehr und
1563 gute Nachtzüge haben für uns Priorität.

1564 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken
1565 innerhalb
1566 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver
1567 Ausbau des
1568 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte
1569 Trassenpreise,
1570 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der
1571 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für
1572 moderne
1573 Schlafwagen ein.

1574 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
1575 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.
1576 Insbesondere das
1577 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,
1578 ressourceneffiziente
1579 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für
1580 eine
1581 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die
1582 Förderung
1583 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

1584 **Tickets einfach buchen**

1585 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle
1586 Zugreisen in
1587 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können
1588 wir
1589 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende Fahrkarten
1590 einschließlich Sharing-
1591 Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten
1592 auf einfache
1593 Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente
1594 Informationen zu den
1595 Kosten, Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen
1596 und die für
1597 sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,
1598 müssen Buchungen
1599 einfacher erfolgen.

1600 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.
1601 Interrailtickets sollten
1602 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwertem Reisen einladen
1603 und deshalb
1604 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden
1605 beliebigen
1606 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen
1607 Unternehmen
1608 betrieben wird.

1609 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine
1610 konsequente Umsetzung
1611 des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass Mobilitätsangebote für alle leicht und
1612 günstig
1613 nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener
1614 Verkehrsmittel,
1615 zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um
1616 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die
1617 Fahrradmitnahme ermöglichen.

1618 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir
1619 mit dem
1620 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-
1621 Ticket soll
1622 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden
1623 Austausch zu
1624 stärken.

1625 **Antriebswende umsetzen**

1626 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur
1627 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele
1628 Verkehrsmittel wie
1629 möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Grüner Wasserstoff
1630 und die darauf
1631 basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel
1632 nicht
1633 preiswerter elektrisch betrieben werden können.

1634 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und
1635 bietet viele
1636 Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende
1637 unterstützen. Die
1638 EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine
1639 fossilen

1640 Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Nun braucht es
1641 eine
1642 flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle
1643 Verkehrsmittel. Es muss ohne Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von
1644 Stockholm nach
1645 Syrakus zu fahren. Um den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu
1646 gestalten, wollen
1647 wir aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren
1648 beim Laden
1649 eines E-Autos, abschaffen.

1650 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf
1651 der Straße
1652 in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden kann. Dazu
1653 braucht es den
1654 schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen (Lkw) entlang der
1655 europäischen
1656 Fernstraßen und in den Güterverteilzentren.

1657 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und
1658 Entwicklung durch
1659 Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz orientiert
1660 werden. So wollen
1661 wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um leichte und effiziente Lösungen
1662 anzubieten.
1663 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen
1664 wir die
1665 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-
1666 Kerosin. Für
1667 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So
1668 werden
1669 fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit
1670 angehören.
1671 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von
1672 klimaneutralen
1673 Technologien.

1674 **Verkehr sicher machen**

1675 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,
1676 dass es keine
1677 Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen uns deshalb für
1678 sichere
1679 Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in dicht bevölkerten
1680 Innenstädten sowie für
1681

ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen ein.

1682 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für
1683 ambitioniertere
1684 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen
1685 wir stärker
1686 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die
1687 EU-
1688 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise
1689 Grenzwerte für
1690 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der
1691 Technik anpassen.
1692 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die
1693 Gesundheitsbelastung der
1694 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide,
1695 (Ultra-
1696)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit
1697 minimiert werden.
1698 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige
1699 Schritte.

1700 **9. Gesunde Natur**

1701 **Unsere Natur bewahren**

1702 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft
1703 hängen von
1704 ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in
1705 Zukunft noch
1706 verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe
1707 der Politik.
1708 Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den
1709 unberührten
1710 Wäldern Nord- und Osteuropas über die vielfältigen Kulturlandschaften
1711 Mitteleuropas bis hin
1712 zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit
1713 für unseren
1714 Kontinent steht.

1715 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den
1716 vergangenen
1717 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1718 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)

1719 sowie die
1720 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN
1721 zum Schutz
1722 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der
1723 Land- und
1724 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent
1725 der Flächen
1726 sogar unter besonderem Schutz. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich
1727 besser
1728 geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden
1729 erstmals
1730 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen
1731 damit
1732 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im
1733 Europäischen
1734 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige
1735 Wiederherstellung der
1736 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine
1737 verbesserte
1738 Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele
1739 unabdingbar.
1740 Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis
1741 2050 alle
1742 Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein,
1743 dass die
1744 entsprechenden Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1745 **Artenvielfalt retten**

1746 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.
1747 Beide bedingen
1748 einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die
1749 Klimakrise.
1750 Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

1751 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.
1752 Schlüsselemente sind hier
1753 die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein naturnaher Waldumbau und
1754 effektiver
1755 Meeresschutz.

1756 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis
1757 ausreichend
1758 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte
1759 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern

1760 gehören die Ozeane
1761 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und
1762 Biodiversitätskrisen.

1763 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8
1764 Millionen Tier-
1765 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und
1766 damit ein
1767 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein
1768 wichtiger
1769 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den
1770 Artenschwund in und
1771 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung
1772 aufhalten
1773 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von
1774 Ökosystemen
1775 muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere für den
1776 Insekten-, Vogel-
1777 und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische
1778 Landwirtschaft und
1779 naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir brauchen Misch- statt Monokulturen in
1780 Land- und
1781 Forstwirtschaft, weniger Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden
1782 Praktiken wie
1783 Kahlschlägen. Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare,
1784 einheitliche
1785 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein
1786 einheitliches
1787 Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald. Im Hinblick auf
1788 die
1789 zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine europäische
1790 Waldbrandstrategie, die durch
1791 naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische
1792 Schutzkorridore die
1793 Brandgefahr eindämmt.

1794 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder
1795 miteinander
1796 vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch
1797 stabile
1798 Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur.
1799 Zentral
1800 dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die genetische Vielfalt fördert die
1801 Resilienz unserer
1802 Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die
1803 Korridore sollen in

1804 engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen und Förster*innen entstehen.
1805 Darüber hinaus
1806 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,
1807 ohne einen
1808 genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die
1809 Bereitstellung
1810 finanzieller Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen, um nachhaltige
1811 Praktiken
1812 einzuführen, die den Schutz der Natur und der Artenvielfalt fördern.

1813 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und
1814 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders
1815 betroffene
1816 Arten schaffen.

1817 **Umwelt schützen**

1818 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1819 Biodiversitätskrise die
1820 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen
1821 Lebensgrundlagen. Sie
1822 belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige Rolle spielen dabei die
1823 Auswirkungen der
1824 Nutzung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich
1825 ist es,
1826 Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen.
1827 Dazu zählen
1828 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#).
1829 Diese werden
1830 seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,
1831 Medizinprodukten,
1832 Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut
1833 ersetzt werden
1834 können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer
1835 Verwendung rasch
1836 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen,
1837 um die
1838 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1839 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu
1840 gefährden.

1841 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die
1842 Nachhaltigkeitsanforderungen
1843 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und
1844 Kosmetik. Wir

1845 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit
1846 von
1847 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die
1848 Verwendung eines
1849 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der
1850 Wirkung von
1851 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten
1852 berücksichtigt.

1853 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich
1854 aufstellen.
1855 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und
1856 nachhaltige
1857 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des
1858 Markthochlaufs von
1859 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte
1860 Industriepolitik.

1861 **Sauberes Wasser für alle**

1862 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.
1863 Das ist eine
1864 große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit sauberem Wasser
1865 sicherzustellen,
1866 und ein Stressfaktor für unsere Natur. Bilanziell hat etwa Deutschland in den
1867 vergangenen 20
1868 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine
1869 europäische
1870 Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert
1871 sowie den
1872 Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben
1873 dem Gesetz zur
1874 Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie
1875 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die
1876 dadurch
1877 drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1878 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten
1879 Wasserinfrastruktur und einem
1880 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch
1881 Starkregenereignisse
1882 reduzieren wir durch mehr Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und
1883 Fassadenbegrünung.
1884 Dieser Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die
1885 Luftqualität.

1886 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden
1887 Wasserkrisen, wie an
1888 der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000
1889 Kilometer in
1890 der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-
1891 Biodiversitätsstrategie
1892 vorgesehen. Und wir setzen uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber
1893 gewerblicher oder
1894 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1895 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser
1896 in der
1897 Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch
1898 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und
1899 Industrie durch
1900 sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf
1901 Kooperation
1902 innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den
1903 semiariden
1904 Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1905 **Tiere schützen**

1906 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir
1907 wollen, dass
1908 Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die
1909 Durchsetzung
1910 bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der
1911 zehn
1912 erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein.

1913 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht
1914 und den
1915 Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1916 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-
1917 Aktionsplans zur
1918 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von Wildfängen für die
1919 Privathaltung
1920 wollen wir beenden sowie den Import und Handel von Arten unter Strafe stellen,
1921 die in ihrem
1922 Herkunftsland national geschützt sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von
1923 Jagdtrophäen von
1924 Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-
1925 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In

1926 Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1927 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen
1928 erstellen, die
1929 Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer
1930 möglich beenden,
1931 für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren und auch die
1932 Förderung
1933 tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die
1934 Entwicklung und
1935 Anerkennung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte
1936 tierfreie
1937 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die
1938 Stelle von
1939 Tierversuchen treten.

1940 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1941 **Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln**

1942 Landwirt*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.
1943 Sie sorgen
1944 auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht.
1945 Gleichzeitig
1946 erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und
1947 Weinberge, die
1948 Europa auszeichnen. Wir wollen diese Landwirtschaft stärken – im Einklang mit
1949 der Natur und
1950 im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

1951 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die
1952 die Flächen
1953 bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft
1954 bezahlt
1955 werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, und
1956 nicht die
1957 Eigentümer*innen der Flächen.

1958 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen
1959 Agrarpolitik (GAP),
1960 die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen
1961 landwirtschaftlichen
1962 Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt,
1963 Biodiversität,

1964 Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu
1965 gestalten, dass
1966 sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen,
1967 die vor Ort
1968 verankert sind.

1969 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der
1970 Landwirtschaft
1971 tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem
1972 wir
1973 regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das
1974 Lebensmittelhandwerk
1975 stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

1976 Landwirt*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel
1977 in der
1978 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss
1979 einen
1980 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise
1981 für die
1982 Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen
1983 ein, um
1984 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1985 **Gute Lebensmittel für alle**

1986 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie
1987 ist
1988 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute
1989 Ernährung
1990 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler
1991 Wirtschaftsräume,
1992 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft
1993 Wohlstand und
1994 regionale Identität.

1995 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU
1996 kann die
1997 Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche
1998 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir unterstützen
1999 daher
2000 europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen, vielfältigen und
2001 tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten Rahmen für
2002 nachhaltige
2003 Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa

2004 durch
2005 Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der
2006 Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld
2007 schaffen, in dem
2008 es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass
2009 Nahrungsmittel frei
2010 von chemischen Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So
2011 schaffen wir
2012 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

2013 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns
2014 deshalb für
2015 rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu
2016 halbieren,
2017 einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen
2018 sowie der
2019 Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere
2020 Angaben für die
2021 sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

2022 **Ökologische Landwirtschaft gestalten**

2023 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der
2024 Zukunft zu
2025 sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können dabei der
2026 gesamten
2027 Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die Vorreiterin dafür:
2028 Unser Ziel ist
2029 es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu
2030 erreichen und diesen
2031 Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende
2032 Betriebe
2033 erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle
2034 Betriebe. Das
2035 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und
2036 nachhaltige
2037 Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

2038 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens
2039 30 Prozent
2040 der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie Unterstützung bei
2041 der
2042 Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette. Außerdem
2043 sollen
2044 Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen müssen, dass sie Vorschriften
2045

2046 einhalten. Das EU-
2047 Biosiegel wollen wir beim Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion,
nachscharfen.

2048 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass
2049 Betriebe, die
2050 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll
2051 garantieren, dass
2052 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde.
2053 Transparenz und
2054 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und
2055 Lebensmitteln
2056 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren
2057 Ursprung in
2058 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern
2059 wir die
2060 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und
2061 Zuchtbetriebe.

2062 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.
2063 Die bisher
2064 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch
2065 nicht konkret
2066 umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele der EU auf
2067 wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir
2068 zu weiteren
2069 wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe.

2070 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
2071 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in
2072 Pestiziden
2073 erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir reformieren, indem
2074 die
2075 vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern, sondern von den
2076 Bewertungsbehörden in
2077 Auftrag gegeben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen
2078 können, in welchem
2079 Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu
2080 gewinnen,
2081 beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar
2082 ist, dass sie
2083 aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir
2084 uns für die
2085 konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die
2086 Pestizide in den
2087 Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in der

2088 Biolandwirtschaft
2089 haften.

2090 **Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern**

2091 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und
2092 plötzlichem
2093 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern
2094 zurückfahren
2095 und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist die Landwirtschaft ein
2096 zentraler Teil des
2097 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von
2098 Mooren, den
2099 Aufbau von Holzmasse und die Weidewirtschaft ein – mit stabilen
2100 Einkommensperspektiven für
2101 Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz
2102 und zur
2103 Klimaanpassung leisten.

2104 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist
2105 wichtig,
2106 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen
2107 unterstützen wir
2108 Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen und
2109 fördern den
2110 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Sowohl Moore als auch
2111 die
2112 Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind ein echter Klimaschützer, da hier
2113 deutlich mehr
2114 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Außerdem stellt die
2115 Weidewirtschaft die
2116 tierfreundlichste Haltung dar. Diese wollen wir stärker fördern.

2117 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.
2118 Wir werden
2119 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren
2120 Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir
2121 den
2122 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiresourcen und zum Schutz
2123 der
2124 Meeresökosysteme. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und
2125 Schleppnetzfisherei und gehen
2126 gegen besonders umweltschädliche Fangmethoden vor.

2127 **Tiere gut halten**

2128 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern
2129 kann, Tiere
2130 als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer nachhaltigen
2131 Bewirtschaftung
2132 unserer vielfältigen Landschaften ist. Die industrielle Tierhaltung dagegen
2133 gefährdet
2134 essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische
2135 Erreger,
2136 multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,
2137 Artenverlust,
2138 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir
2139 Tieren
2140 schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

2141 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre
2142 Gesundheit
2143 konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und
2144 bessere Kontrolle
2145 einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht, Haltung, Transport,
2146 Tötung und
2147 Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von
2148 fehlenden
2149 Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht für uns die möglichst lokale
2150 Verarbeitung: Wir
2151 brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebedtiertransporten. Dabei möchten wir
2152 Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer
2153 kontrollierbare Regionen unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine
2154 bessere
2155 Kontrolle, ein Ende der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei
2156 der Tötung
2157 von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von
2158 Küken.

2159 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz
2160 in der
2161 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika
2162 an gesunde
2163 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir
2164 drastisch
2165 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der
2166 größten
2167 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es
2168 eine
2169 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die
2170 Einschränkung
2171 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere.

2172 Reserveantibiotika
2173 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.